



Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Kreistagsfraktion Warendorf

SPD-Kreistagsfraktion · Roonstraße 1 · 59229 Ahlen

An den Landrat des
Kreises Warendorf
Herrn Dr. Olaf Gericke
Waldenburger Straße

48231 Warendorf

per eMail
auch an die Fraktionsvorsitzenden von CDU,
FWG, Bündnis 90/Grüne, FDP

Dipl.-Kfm. **Reimund Juli**
Fraktionsvorsitzender

Südring 53
48231 Warendorf
Tel. 02581/1431

Fax. 02581/633209
eMail: iluj.r@t-online.de

2007-01-14

Antrag gem. § 2, Abs. 1, § 9, Abs. 2, GO des Kreises Warendorf für den Kreisausschuss am 02.02.2007 und für den Kreistag am 09.02.2007
TOP Beabsichtigte Änderung der Gemeinde- / Kreisordnung NRW.
Hier: Resolution zum Erhalt der Kommunalwirtschaft

Sehr geehrter Herr Dr. Gericke,

nach Aussagen der neuen Landesregierung NRW soll der § 107 GO dahingehend verschärft werden, dass sich die öffentliche Hand zur Erfüllung ihrer Aufgaben nur dann wirtschaftlich betätigen darf, wenn ein „dringender“ öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert und der öffentliche Zweck durch private Unternehmen nicht ebenso gut und wirtschaftlich erfüllt werden kann. Diese Regelung bedeutet eine Abkehr von der bisherigen Praxis, die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen zu erleichtern und gefährdet den Bestand der kommunalen Unternehmen. Deshalb stelle ich namens und im Auftrag der SPD-Kreistagsfraktion folgenden Resolutionstext als Antrag zur Abstimmung:

Der Kreistag des Kreises Warendorf möge beschließen:

„Der Kreistag des Kreises Warendorf spricht sich gegen die beabsichtigte Reform des § 107 der Gemeindeordnung NRW aus. Eingriffe in die Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung reichen Bürgern und Verbrauchern sowie den kommunalen Unternehmen und damit den Städten und Gemeinden sowie Kreisen zum Schaden. Kommunale Unternehmen, die zur Daseinsvorsorge der Bürger arbeiten, dürfen in ihrem Bestand nicht gefährdet werden. Das wirtschaftliche Prinzip „Privat vor Staat“ zerstört die kommunalen Unternehmen und gefährdet auf Dauer die preisgünstige und zuverlässige Versorgung der Bürger.

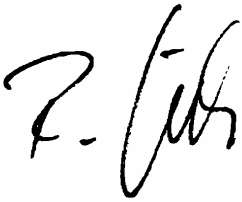


Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Kreistagsfraktion Warendorf

Der Kreistag Warendorf will, dass die Kommunen öffentliche Aufgaben weiterhin selbst wahrnehmen können und kommunale Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben. Der Kreistag Warendorf will die kommunalen Arbeitsplätze und die intensive Partnerschaft von Kommunalwirtschaft und örtlichem Handwerk sowie dem Mittelstand sichern. Nach Auffassung des Kreistages Warendorf haben die Kommunen nur dann eine Zukunft, wenn sie sich – im Interesse ihrer Bürger – wirtschaftlich betätigen können. Darum fordert der Kreistag Warendorf den Landesgesetzgeber auf, die geplante Änderung des § 107 GO nicht vorzunehmen. Der Kreistag fordert die Landesregierung auf: „Hände Weg vom § 107 der Gemeindeordnung!“

Mit freundlichen Grüßen



Reimund Juli
Vorsitzender